

Bezugspreis

Der Halle monatlich bei zweimonatlicher Zustellung 1.60 Mark, vierteljährlich 4.50 Mark, durch die Post 4.50 Mark auswärts. Zustellungsgebühren, Bestellungen werden an alle Zeitungsstellen angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter 'Sonder-Zeitungen' eingetragen. Für unentgeltlich eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Ausgabe 'Sonder-Zeitungen' gesteuert. Vermerk der Geschäftsleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133; Postfach-Konto Leipzig Nr. 4699.

Zeitung

Dreizehntägiger Jahrgang.

werd. 6. Tage post. 38 mm Br. Kolonialzeitung oder deren Raum mit 40 Pf. berechnet u. in unferen Annahmestellen a. allen Anzeigengeschäften angenommen. Kellern die 92 mm breite Zeile 1.25 M. Anzeigenannahmestellen vorm. 11 Uhr, für die Zeitungs-Dr. abends 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Geschäftsleit. u. Haupt-Geschäftsstell.: Halle, Neue Promenade 10. Dr. Georg Hauffstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 55a.

Halle, Montag, den 3. Februar.

1919.

Ein Erfolg Wilsons.

Gibt England in der Kolonialfrage gegenüber den Wünschen Wilsons nach?

Internationalisierung der deutschen Kolonien?

Eine kürmische Sitzung auf der Pariser Konferenz.

WTB. Bern, 1. Februar. Später Blätter bestätigen, daß England ursprünglich die Wilsonschen Vorschläge zur Internationalisierung der deutschen Kolonien habe unterstützen wollen, jedoch auf energischsten Widerspruch der Dominions und Japans gestoßen sei. Die Internationalisierung der Pariser Konferenz hatte dementsprechend einen sehr kürmischen Verlauf genommen. Die Blätter erklären, eine Annahme des Wilsonschen Vorschlags würde eine Reaktion, wenn nicht eine Annulierung der Vorteile mit Japan über die Inseln im Stillen Ozean, mit den Arabern über Syrien und mit Frankreich über Kamerun bedeuten. Deshalb hätten die Japaner nachdrücklich ihren unerschütterlichen Entschluß verkündet, die ihnen im Vertrage mit England 1916 verprochenen Ziele zu fordern. 'Recht Parisien' erklärt, daß daraufhin die englische Regierung einen Antrag eingebracht habe, der eine Annäherung zwischen dem Standpunkte Wilsons und demjenigen der Vertreter der Dominions herbeiführen sollte. Der französische Delegierte Zarding erklärt in einer vom 'Progres de l'Yvon' veröffentlichten Unterredung, Frankreich nehme im allgemeinen den Wilsonschen Vorschlag unter der Bedingung an, daß die Art der Durchführung genauer geregelt werde.

Für die Erhaltung deutscher Kolonien.

Ein bayerischer Protest.

WTB. München, 2. Februar. (Drahtnachricht.) Der Bundesversammlung der Deutschen Volkspartei in Bayern die demokratische Partei hat bei Beginn seiner Verhandlungen eine Entschließung einstimmig angenommen, in der er lauten Protest einlegt gegen die Vorgehensweise, die das deutsche Volk nach den bisherigen Angaben der Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen erfahren soll. Ein scheinbarer Hohn auf den Begriff der Gerechtigkeit ist auch die Zurückhaltung der deutschen Kriegsverluste. Das deutsche Volk verlangt nichts anderes als sein Recht und die Möglichkeit, so schnell wie möglich wieder zu friedlicher Arbeit und Ordnung zurückzukehren. Es erhebt ausdrücklich den Anspruch auf Intaktes Volk von 70 Millionen Seelen jenseitens rechtlich erworbenen Kolonialgebiet wieder zu erlangen, um die dort verheißungsvoll begonnene friedliche Kulturarbeit fortzuführen zu können.

Der 5. der 14. Punkte Wilsons.

Ungültige Abmachungen der Entente.

WTB. Rotterdam, 2. Februar. (Drahtnachricht.) Nach dem 'Nieuwe Rotterdamse Cour.' meldet der Korrespondent der 'Wesminster Gazette' aus Paris aus bester Quelle, daß Wilsons Plan für die Zukunft der deutschen Kolonien damit angenommen ist, daß Großbritannien seine volle Zustimmung zum fünften der 14 Punkte gab und sich ebenso in den meisten Fällen der Auffassung des Präsidenten angeschlossen, daß die während des Krieges abgeschlossenen geheimen Verträge und Abmachungen gegenüber den Bedingungen, auf denen der Frieden ruhen müsse, wertlos seien.

Erzberger gegen die Internationalisierung der deutschen Kolonien.

Das Recht auf eigene Kolonien.

WTB. Berlin, 2. Februar. (Drahtnachricht.) Staatssekretär Erzberger hielt heute in einer Versammlung der Kolonialgesellschaft eine Rede, in der er u. a. sagte: Ein neues großes Wort in der Geschichte der Völker wird aufgeschrieben: Ein dauernder Friedensfrieden soll vorbereitet und der Völkern und aufgestellt werden. Nach allem, was wir bis jetzt über die Stellungnahme der Alliierten zur Kolonialfrage gehört haben, liegt nahe die Ansicht vor, Deutschland von jedem Kolonialgebiet auszuschließen. Man spricht Deutschland die koloniale Befähigung überhaupt ab. Dabei hat Deutschland das meiste für den Anschluß der unterworfenen Gebiete durch Entschädigungen getan. Die bisherigen wenigen Jahre konsequenter deutscher Kolonialpolitik haben dem deutschen Volk Gelegenheit gegeben, den Befähigungsnachweis für erfolgreiche Kolonialpolitik zu erbringen. Die Alliierten haben genau so wie Deutschland die 14 Punkte Wilsons angenommen. In Punkt 5 verlangt Wilson eine freie, willkürliche und unbedingte unparteiische Schlichtung aller kolonialen Ansprüche. Was die Alliierten aber jetzt in Paris wollen, aber schon beschlossen haben, ist keine Schlichtung aller kolonialen Ansprüche, sondern ein Mandat nur gegenüber den deutschen Kolonien. Wir wissen aus den Zeitungen, daß ein harter Kampf sich um die Regelung der kolonialen Fragen in Paris erhoben

und daß man den Vorschlag gemacht hat, man möge den Deutschen Kolonialgebiet internationalisieren und dem Völkerbunde zur Verwaltung unterstellen. Diese Lösung der Kolonialfragen müssen wir, möge sie auch noch so gut von Wilson gemeint sein,

zurückgewähren.

Wenn die deutschen Kolonien internationalisiert werden sollen, so können wir uns nur unter einer Voraussetzung damit abfinden: Daß der gesamte Kolonialbesitz aller Mächte internationalisiert werde. Deutschland hat aber nach dem Wilsonschen Programm ein unverschränktes Recht auf ein eigenes selbständiges Kolonialgebiet. Man täusche sich nicht.

Der Raub in Paris bringt kein Glück für die Welt.

Er ist der Raub des Lebens des Völkerbundes. Darum muß unser Volk wie ein Mann sich erheben und einen ehrenreichen Protest einlegen, den man an der Seine, an der Themse und in Washington hört und beachtet.

Für den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland.

Einmaligen ein Teil Deutschlands.

WTB. Wien, 2. Februar. (Drahtnachricht.) Die Nationaldemokraten von Wien veranstalteten eine große Kundgebung zum Antritt des Anstufens an Deutschland. Vor dem Rathaus besetzte ein Redner, wenn etwas, so waren es die jüngsten Vorgänge in Warschau, die uns befehlen, daß eine Verbindung mit den Slawen unmöglich sei. Die Teilnehmer der Kundgebung zogen vor das Ministerium des Innern, von dessen Balkon herab Staatssekretär Dr. Bauer eine Ansprache hielt, worin er u. a. sagte: Die deutsche Reichsregierung hat uns keinen die Einladung überreicht, einen Bevölkerungsteil Deutsch-Oesterreichs für den deutschen Staatensatzung zu stellen, der nach dem Entwurf der vorläufigen deutschen Verfassung an Stelle des bisherigen Bundesrates treten soll. Wohl wird unser Bevölkerungsteil eine besondere Stimme haben, aber er wird mitwirken an dem nächsten großen Werk, das der deutsche Nationalkongress mit dem Staatensatzung obliegen wird, die deutsche Verfassung zu schaffen, durch die Deutsch-Oesterreich ein Teil des Deutschen Reiches werden soll. Gewiß dürfen wir auch in dieser Stunde nicht vergessen, daß die Paris versammelten Mächte über unsere Sache mit entscheiden werden, dann wird Deutsch-Oesterreich binnen kurzem ein Teil Deutschlands sein, ein Teil der großen deutschen Republik. Die ganze Kundgebung verlief vollkommen würdevoll und ruhig.

Bremens Volksbeauftragte wollen zurücktreten.

Eine Einigung erzielt?

WTB. Bremen, 2. Februar. (Drahtnachricht.) Gemäß einer am 2. Februar, 3 Uhr morgens erlassenen Vereinbarung sind die Volksbeauftragten Bremens bereit, auf Befehl der Reichsregierung zurückzutreten, wenn die bewährte Reichsregierung sich bereit, an den Korpskolonnenrat des 9. Armeekorps alle Waffen und Munition abzugeben, der oberste Solдатrat Groß-Hamburg sowie der Korpskolonnenrat des 9. Armeekorps verbürgen sich für die Durchführung der Entwaffnung und für die Wiederherstellung geordneter Zustände in Bremen. Die Reichsregierung der sofortige Zurücktritt der Divisionen Gorkenbergs, die deren Auftrag reiflos erfüllt ist. Die Division Gorkenbergs erklärte, im Laufe des 2. Februar, in die Stadt Bremen und in Hemeilingen nicht einzumarschieren, falls kein Truppenzug von außen nach Bremen erfolge. Der Stadtkommandant Bremen wird eine Kontrolle beibehalten, die die Verbindung mit der Division Gorkenbergs aufrechterhält und unterhält, die auf Bremen vorkommende Begehrigkeit (schlechter als Vertreter der Division Gorkenbergs) überbringen dieses Abkommens der Reichsregierung.

Waffenstillstand der Bremer.

Ablauf Sonntag nacht 12 Uhr.

WTB. Bremen, 2. Februar. (Drahtnachricht.) Zwischen der Division Gorkenbergs und der Regierung von Bremen ist bis Sonntag nacht 12 Uhr ein Waffenstillstand beschlossen worden. Zwischen werden mit Beginn Verhandlungen geschlossen.

Die Haltung der Hamburger Arbeiter.

Solidarisch mit Bremen.

Hamburg, 1. Februar. Der Große Arbeiterrat von Hamburg nahm heute mit 232 gegen 206 Stimmen eine Entschließung an, in der er sich mit der Bremer Arbeiterpolitik solidarisch erklärt und das vom sächsischen Solдатrat an die Reichsregierung gefällte Ultimatum ablehnt und unterhält, die auf Bremen vorkommende Division sofort zurückzuführen. Der Große Arbeiterrat ermahnt von dem Solдатrat des 9. Armeekorps, daß er unverzüglich durch die Umstände gebotenen militärischen Maßnahmen ergreift. Er verlangt: 1. Die sofortige Sicherung der Anmarschstraße. 2. Bewaffnung der Hamburger Arbeiterwehr innerhalb 48 Stunden. 3. Befreiung des Hafens und die Befreiung aller sächsischen Lebensmittel. 4. Die Unterbrechung Bremens mit allen militärischen Mitteln.

Allerlei aus der Waffenstillstands-Kommission.

Abtransport der Deutschen aus der Türkei.

WTB. Berlin, 2. Februar. (Drahtnachricht.) Sitzungsbild der Waffenstillstandskommission in Spa vom 1. Febr. 1919. Die französische Kommission teilte mit, daß der Abtransport der internierten Deutschen aus der Türkei und der deutschen Truppen aus Südrußland auf dem Seewege begonnen habe. Weitere Einzelheiten werde sie später bekanntgeben. - Währungs der alliierten Lebensmittellieferanten nach Polen über Danzig ließ Währungs fast versichern, daß das von den Deutschen hierfür zur Verfügung gestellte rollende Eisenbahnmateriale sofort zurückgegeben werde. - Um Protest der deutschen Regierung gegen die Handhabung der alliierten Zensur in den besetzten Gebieten erklärte General Huband, daß die Besatzungsbehörden angewiesen worden seien, die Pressezensur im Zustande weitestgehender humanität, Gleichzeitigkeit der deutschen Kommission davon in Kenntnis, daß die Alliierten verschiedene deutsche Gesuche betreffend den Warenverkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Teil Deutschlands Folge gegeben haben. Die deutsche Kommission erbot gegen ein französisches Dekret Einspruch, das den Vandalismus in Gläubigerwohnungen verbietet, vom 1. Februar ab die Polen in die Gläubigerwohnungen von Pensionäre und Kriegsunterstützten auszuweisen. Sodann übermittelte die deutsche Kommission ein an die Alliierten gerichtetes Ersuchen der deutschen Regierung, den aus Saarbezirken ausgemieteten Mitgliedern der sozialdemokratischen Wehrschuttpartei Riese und Polborn die Mäntel in das besetzte Gebiet zu gestatten. Die Behauptung, sie hätten sich an Solange-wünschen Unterbreiten beteiligt, trifft nicht zu. Die deutsche Regierung ließ den Verband ausbreiten aus erlösen, den Brief- und Telegrammverkehr der Divisionen des besetzten Gebietes mit der Munitur in München zu gestatten.

Unabhängig oder Spartakist?

Die Zusammenhänge zwischen der Unabhängigen Sozialdemokratie und den Terroristen.

WTB. Wilhelmshaven, 1. Februar. Der Chef des Sicherheitswesens beim 21er-Kat, der Unabhängige Dorn, wollte bei einer Besprechung mit einem Beamtenstellvertreter diejenem ein Manifest formulieren zeigen, um damit zu beweisen, daß die Kommunisten gegen den Willen des 21er-Kates nach Wilhelmshaven gekommen seien. Dabei hatte er aber das Unklare ein solches Papier zu überreichen, aus dem zum Erlaunen des Beamtenstellvertreters ersichtlich war, daß es sich um ein Patent als Chef des Sicherheitswesens unter der zu gläubenden kommunistischen Regierung für Herrn Dorn handelte, das von Dorn unterzeichnet war. Bis dahin hatte Dorn abgelehnt, daß er die Kommunisten überhaupt kenne. Wie er nun sah, was er angeht hat, laute er sich damit herauszubringen, daß es ein Scheinmandat sei, um die Kommunisten im gegebenen Augenblick abzujagen. Daraufhin wurde Dorn verhaftet.

Dieser Vorfall ist nur einer der vielen Beweise für die intime Zusammengehörigkeit der Unabhängigen Sozialdemokratie mit jenen extremen Elementen, die sich bald Kommunisten, bald Spartakisten, bald Volkswächter nennen. Man wird es darum der Öffentlichkeit kaum verübeln können, wenn sie zwischen diesen Gruppen der Terroristen und der Unabhängigen Sozialdemokratie einen Unterschied nicht mehr zu machen vermag.

Die Pfalz muß deutsch bleiben.

Gegen die Abtrennungsgelüste der Franzosen.

WTB. München, 2. Februar. (Drahtnachricht.) Im großen Saal der Universität München versammelten sich gestern gegen 1500 Pfälzer und Pfälzerinnen zu einer Kundgebung für die Erhaltung der Pfalz. Dr. Pfeiffer, Mitglied der Nationalversammlung, gab in seinen Ausführungen bekannt, daß sich die Franzosen wieder wie früher so auch heute anstrebten, sich in der Pfalz auf lange Jahre einzurichten. Den Abtrennungsgelüsten, die in der Pfalz keine Wirkung finden, lehnte der Redner ein hartes Nein entgegen. Den förmlich aufgenommenen Ausführungen des Redners folgte die einstimmige Annahme einer Entschließung, die sich mit dem Inn der Ausführungen der Protokolle deckte.

Die Stadt Düsseldorf vor dem finanziellen Zusammenbruch.

Neuen kann nur Ordnung und Arbeit.

WTB. Düsseldorf, 2. Februar. (Drahtnachricht.) Die Stadtverwaltung richtete einen öffentlichen Aufruf an die Bürgererschaft, in welchem über die fälligen Finanzlage u. a. ausgeführt wird: Die gesamten Einnahmen der Stadt betragen im Jahre 1916 rund 20 Millionen Mark, denen Ausgaben in gleicher Höhe gegenüberstehen. Im Jahre 1919 werden die Einnahmen aus naheliegenden Gründen erheblich zurückgehen. Die Zinsen der Kriegsschuld und die Erhöhung der laufenden Ausgaben werden dadurch schätzungsweise ein Mehrbedarf von etwa 30 Millionen Mark ergeben. Wie in Zukunft die Mittel für die Verwaltung beschafft werden sollen, ist ganz ungewiß, da die Reichsbank die Forderung weiterer Mittel abgelehnt hat. Bei den einheimischen Banken hat die Verwaltung Kredite in Höhe von 30-40 Millionen in Anspruch genommen. Diese Kredite sind in Kürze fällig. Dem Vernehmen nach beschließt die gegenwärtige Verwaltung die Einziehung der größeren Vermögens und die Erhebung von Steuern im Betrage des Bedarfs der bisherigen Steuern. Hierzu fehlen jedoch die geeigneten Grundlagen. Wir dürfen daher der Bürgerhaft



